

## **Coronavirus: Landtag beschließt Maßnahmen zur Sicherung der parlamentarischen Handlungsfähigkeit**

Bei einem Treffen von Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch mit den Fraktionsvorsitzenden im Landtag wurden am heutigen Spätnachmittag weitreichende Maßnahmen zur Sicherung der parlamentarischen Arbeits- und Handlungsfähigkeit in der aktuellen Coronavirus-Lage vereinbart.

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Pandemiesituation gilt es, die Infektionsrisiken im Parlament zu minimieren und die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Hierzu wurden auf Empfehlung des von Landtagspräsidentin Brakebusch eingesetzten und täglich tagenden Corona-Krisenstabes der Landtagsverwaltung unter Leitung des amtierenden Direktors Dr. Torsten Gruß folgende Maßnahmen vereinbart:

- Die ursprünglich zweitägige, für den 26. und 27. März 2020 geplante Sitzungsperiode des Landtages wird auf einen Tag verkürzt und auf den 20. März 2020 vorgezogen. Voraussichtlich wird dabei als einzigem Tagesordnungspunkt die Verabschiedung des Landeshaushalts 2020/2021 behandelt werden. Die Fraktionen werden dabei auf eine Debatte verzichten, die Redebeiträge werden schriftlich zu Protokoll geben. Die Sitzung findet öffentlich statt. Besuchergruppen werden nicht zugelassen. Einzelbesucherinnen und –besucher werden aufgefordert werden, einen Fragebogen auszufüllen und auch auf dieser Grundlage auf ihre Übertragungsrisiken geprüft.
- Ab sofort finden bis auf die Parlamentarische Kontrollkommission und die G10-Kommission keine Ausschusssitzungen statt. Diese Regelung gilt zunächst bis zum 24. April 2020. Über Ausnahmen entscheidet auf Antrag der Ausschussvorsitzenden die Präsidentin.
- Bis auf weiteres sind alle Ausschussreisen abgesagt. Bereits am Montag war die Reise des Ältestenrates Anfang April nach Schweden storniert worden.
- Öffentliche Veranstaltungen wie der Festakt am 17. März 2020 zum 30. Jahrestag der freien Volkskammerwahlen und für die nächsten Wochen geplante Ausstellungseröffnungen sind ebenso abgesagt.